

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Er schein:

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Rund um den Erdball“, „Fröhliche Welt“, „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Unterhaltungsbeilage“, „Unterhaltung und Wissen“  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.  
Telegraph-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontokonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegröße für Inserate und Anstalt beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 40.

Dienstag, den 2. April 1929.

22. Jahrgang.

Freundlichen Menschen schenkt die Natur oft schon bei der Geburt den Schlüssel zu anderer Herzen.

## Notwendige Reformen.

Drei Wege zur Neuordnung und Festigung der Arbeitslosenversicherung.

Die Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, insbesondere die Tatsache, daß das Reich bisher 180 Millionen M. der Anstalt als Darlehen zur Verfügung stellen mußte und der neue Haushaltsplan der Arbeitslosenversicherung nur dann balanciert, wenn die Arbeitslosenversicherung still fällt, hat eine Debatte über die Frage nach der Notwendigkeit einer Reform der Arbeitslosenversicherung veranlaßt. Erfreulicherweise haben die Vorschläge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, über die nach und nach einiges bekannt wird, manche Berührungspunkte.

Es gibt drei Wege, den Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung zu decken, nämlich: die Niedererschlagung der Reichsdarlehen, die Heraushebung der Beiträge und drittens die Senkung der Leistungen.

Was die Niedererschlagung der Reichsdarlehen betrifft, wird das Reich zwar ein rücksichtsvoller Gläubiger sein, doch wird die Niedererschlagung der Darlehen daran scheitern, daß das Reich angesichts seiner eigenen Finanznot auf die Rückzahlung der der Arbeitslosenversicherung gewährten Kredite nicht wird verzichten können. Die Heraushebung der Beiträge von 3 auf 4 Proz. wird von den freien und den christlichen Gewerkschaften empfohlen, von den Arbeitgebern jedoch abgelehnt, wenn auch in verflämmerter Form.

Angesichts dieser Verhältnisse wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht schon die Heraushebung der Beiträge in einzelnen, als Zuschußgebiete anzusprechenden Bezirken ausreichte, den Fehlbetrag zu decken. Die Väter dieses Gedankens sind der Auffassung, die wesentlichen industriellen Bezirke könnten schon jetzt Entnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang bringen, so daß hier eine Erhöhung der Beitragssätze überflüssig sei. Unvermeidbar sei die Erhöhung dagegen in den ländlichen Bezirken, die überwiegend mehr Arbeitslosenunterstützungen auszahlten, als sie Beiträge vereinnahmten.

Eine Mehrheit für diesen Plan wird sich jedoch kaum erzielen lassen, würde bei einem Eingehen auf dieses Projekt doch die Landwirtschaft mit neuen Lasten bedacht, während die Belastung der Industrie sich nicht erhöhen würde. Bei der Frage der Beitragserhöhung kann es sich also nur darum handeln, ob man die Beitragssätze allgemein erhöhen will, oder nicht. Wird eine allgemeine Erhöhung abgelehnt, dann bleibt als dritter Weg nur der, die Leistungen zu herabzusetzen.

Für diesen Weg setzen sich die Arbeitgeber ein. Die Durchführung dieser Pläne denken sich die Arbeitgeber so, daß der Gedanke der Bedürftigkeit in härterer Maße als bisher in das Gesetz hineingearbeitet wird. Zweitens erstreben sie eine Änderung des Art. 90 Absatz 2 der gesetzlichen Bestimmungen, nach dem bei der Zuweisung von Arbeit an die Arbeitslosen auf die Vorbildung und frühere Tätigkeit des Arbeitslosen Rücksicht zu nehmen ist.

Bei den weiteren Verhandlungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung wird auch noch die Frage der Herausnahme der Saisonarbeitslosigkeit eine große Rolle spielen. Genau so wichtig aber, als die systemmäßigen Veränderungen der Arbeitslosenversicherung sind, ist eine verhältnismäßige Heberholung. Zur Zeit bereitet die Reichsanstalt eine Entzweiung vor, welche die Jahre 1925 bis zum Stichtag des Jahres 1929 umfaßt, um festzustellen, wie lange der einzelne Arbeitslose in Arbeit war und wie lange er Unterstützung bezogen hat, und um an Hand dieser Erhebung eine Feststellung über Beitragsleistung und Leistung der Versicherung zu erhalten. Die Reichsanstalt hofft, diese Erhebung bis zum 15. Juni der Öffentlichkeit übergeben zu können.

Es verdient schließlich noch ein im Reichs-

tag eingebracht und auch von Arbeitnehmern unterstützter Antrag, der ein bestimmtes Verhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen herstellen will. Danach sollen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung von der Höhe und der Dauer der geleisteten Beiträge abhängig sein. Um darüber hinaus den Einzelnen noch finanziell zu interessieren, soll der Nichtanspruchnahme der Versicherung während längerer Zeit eine Herabsetzung der Beiträge des Versicherten folgen.

Ueber den Ausgang der Reformdebatte ist selbstverständlich noch nichts zu sagen; ermunternd ist jedoch die Tatsache, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem besten Wege sind, die Frage der Reform gemeinsam in Angriff zu nehmen und zu lösen.

## Die Alliierten verlangen zu viel.

Zwei Houg nennt niedrigere Ziffern. — Kein Ultimatum gestellt. — Der Entschieden entgegen.

— Paris, den 2. April.

Die französische Presse scheint die Zeit bis zum Wiederzusammentritt der Sachverständigen-Konferenz am Donnerstag dazu benutzen zu wollen, ihre Beeinflussungsversuche gegenüber den deutschen Sachverständigen fortzusetzen. Man droht munter weiter, kehrt andererseits aber auch langsam zur Vernunft zurück.

Nach der übereinstimmenden Darstellung aller maßgebenden Zeitungen ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß von einem Ultimatum keine Rede mehr sein kann. Tatsache ist lediglich, daß die Hauptgläubiger eine gemeinsame Denkschrift eingereicht haben. Tatsache scheint auch zu sein, daß Owen Houg, der Vorsitzende der Konferenz, die darin enthaltenen Ziffern selbst als zu hoch gefunden hat, so daß er Gegenanträge auf der Grundlage geringerer Summen machte.

Bemerkenswert ist eine Auslassung des halbamtlichen „Excelsior“, in der es heißt, die letzte Plenarsitzung vor Ostern sei die bedeutendste seit der Eröffnung der Arbeiten gewesen. Das Wort Ultimatum sei zu stark, um das zu bezeichnen, was sich dortgetragen habe. Zwischen Kaufleuten vermeide man launfällige Formeln, die unnötig verletzen könnten. Die deutschen Abgeordneten seien nichtsdestoweniger rundweg aufgefordert worden, in acht Tagen zu erklären, was sie über die alliierten Forderungen dächten. Man habe also die Rollen vertauscht, und frage die Deutschen nicht mehr nach ihren Angeboten, sondern sage ihnen, was man von ihnen erwarte. Da es sich um „Mindestforderungen“ handle, die durch spätere Handelsgeschäfte wenig beeinflusst werden könnten, werde sich Dr. Schaot ohne Umschweife ausdrücken müssen. Die allgemeine Aussprache über die Zahlen, die so oft verschoben worden sei, werde am kommenden Donnerstag „unwiderruflich“ beginnen.

## Wer verliert bei einer Vertagung?

Durchsichtige Manöver der Pariser Presse. — Man überschätzt den Dawesplan.

Ein Teil der Pariser Presse fühlt sich bemächtigt, die Lage Deutschlands bei einem Scheitern der Reparations-Konferenz so schwarz wie möglich zu schildern. Nach dem „Temps“ haben die Sachverständigen sogar nur mit Rücksicht auf die Lage Deutschlands davon abgesehen, dem Spiel mit Zahlen kurzerhand ein Ende zu machen.

Demgegenüber muß von deutscher Seite betont werden, daß ohne Zweifel eine Vertagung der Reparations-Konferenz manche Schwierigkeiten mit sich bringen wird, andererseits sollten die Franzosen jedoch nicht übersehen, daß, wenn Deutschland unerfüllbare Zahlungsverpflichtungen abgeben wollte, das sogar zu einer Katastrophe führen müßte.

Auch die Beibehaltung des Dawesplanes, die heute nicht nur vom „Temps“, sondern von fast allen französischen Blättern empfohlen wird, ist für Frankreich sehr viel bedenklicher als für Deutschland. Die Transferraten muß über kurz oder lang die Weiterzahlung der Kriegsschuldenverbindungen und die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch schützen, während die Franzosen, falls die Zahlungen aus dem Dawesplan eingestrichelt werden, ihre Schulden an die Alliierten aus eigenen Mitteln begleichen müßten. Die ständigen Bekämpfungen der Franzosen, daß Deutschland allein alles zu verlieren habe, falls die Konferenz scheitert, können die deutschen Sachverständigen als wenig schrecklich.

## Walbeds Anschluß an Preußen n.

Kundgebung in Krosen. — Der Willkommensgruß des preussischen Innenministers.

Der Anschluß Walbeds an Preußen ist nunmehr Wirklichkeit geworden. Nach langwierigen Vorverhandlungen — sagte doch der Landtag Walbeds erstmals 1867 den Beschluß, in Preußen anzugehen — ist Walbed jetzt preussisches Gebiet. Anlässlich des Anschlusses fand am zweiten Ostertag in Krosen eine Feier statt, in der der preussische Innenminister Erzberger der Bevölkerung Walbeds den Willkommensgruß entbot.

In seiner Ansprache betonte der Minister, Preußen werde seine Kraft und seine Mittel nunmehr auch diesem Teile seines Staatsgebietes zufordern lassen. Es erscheine ihm symbolisch, daß Walbed trotz des Bezugs auf Selbständigkeit seine alten Farben Schwarz-Rot-Gold beibehalten werde, weil die Farben Walbeds auch die des heutigen Deutschlands seien. Zum ersten Male seit der Staatsumwälzung habe jetzt ein Land freiwillig seinen Anschluß an Preußen vollzogen. Der Tag des Anschlusses Walbeds an Preußen sei beispielhaft für ganz Deutschland. Preußen sei groß und stark genug, es brauche nicht nach Gebietsverweiterungen zu verlangen, aber das gelte nicht für alle Länder. In der Notzeit des deutschen Staates dürfe nicht nur die Zustände und Grenzen aufrecht erhalten, die in der heutigen Zeit aus den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Bevölkerung nicht mehr gerechtfertigt werden könnten.

Nach anerkennenden Aeußerungen über die Natur der ersten Walbeds und seinen Menschenschlag schloß der Minister seine Ansprache mit den Worten: „Ich bin sicher, daß der heutige Tag in der deutschen Geschichte gemüht wird als ein Tag besonderer Art, dessen Geschehen sich vollzieht in dem Willen, für Deutschland und für unser Volk das Beste zu tun.“

## Der Osterurlaub der Minister.

Reichspräsident v. Hindenburg hat die Osterfeiertage in seinem Palast in der Wilhelmstraße verbracht. Der Reichskanzler weilt während der Osterfeiertage gleichfalls in Berlin. Von der Gallenerkrankung ist der Kanzler bereits wieder hergestellt, er leidet jedoch noch an leichter Gelbsucht. Die Reichsminister Koch, Seevering und Hilferding haben das Osterfest außerhalb der Reichshauptstadt verbracht; Reichsaussenminister Dr. Stresemann weilt in Süddeutschland und kehrt in den nächsten Tagen wieder nach Berlin zurück.

## Ullig aus der Haft entlassen.

Nach Stellung einer Kautions in Höhe von 70 000 Mark.

Der Vorsitzende des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien, Abgeordneter Ullig, ist nach sechs-wöchiger Haft und nach dreitägigen Bemühungen seiner Verteidigung am Tage vor Ostern aus der Haft entlassen worden. Abgeordneter Ullig hat den Polen eine Kautions in Höhe von 70 000 Mark stellen müssen.

## Ein deutscher Pfarrer seines Amtes enthoben.

Die bereits vor einigen Wochen angekündigte Amtsenthebung des sich zum Deutschtum bekennenden Pfarrers Buschmann, der fast zwei Jahrzehnte in der Parodie Bielefeld wirkte, ist nun Tatsache geworden. Trotz der Verwahrung der polnischen und deutschen Pfarreangehörigen und der eingelegten Berufung in Rom ist vom bischöflichen Amt in Katowitz ohne Angabe von Gründen Pfarrer Buschmann ab 1. April jede Amtstätigkeit unterjagt worden.

## Zusammenstöße in Hamburg.

Polizeibeamte von Kommunisten überfallen.

In Hamburg trat das kommunistische Mitglied der Hamburger Bürgerchaft, Dettmann, nach einem von Kommunisten veranstalteten Konzert auf der Straße an einen Polizeibeamten in Zivil heran und wollte dessen Namen wissen, indem er ihm vorwarf, der Beamte habe erst kürzlich eine Anzeige gegen Kommunisten erstattet.

Als der Beamte sich weigerte, dem Verlangen nachzukommen, erhielt er plötzlich einen hartnäckigen Schlag von hinten auf den Kopf und gleich darauf einen Tritt ins Gesicht. Der Beamte stürzte zu Boden und wurde von Leuten, die sich bei Dettmann befanden, mit Füßen getreten und weiter geschlagen. Ein zweiter Beamter in Zivil wurde ebenfalls mißhandelt.